

Rechtsextremismus

Eine seit 2015 bestehende Aufbruchsstimmung in der rechtsextremistischen Szene wird von der Hoffnung genährt, über die gesellschaftliche Diskussion zur Flüchtlingspolitik Menschen für rechtsextremistische Organisationen gewinnen zu können. Die Szene realisiert mittlerweile, dass fremden- und islamfeindliche Argumentationsmuster im breiten Umfang Fuß gefasst haben, sie selbst davon jedoch bislang nur in geringem Maße profitiert.

Ein Teil der Szene reagiert darauf mit zunehmender Radikalisierung. Statt die Mitte der Gesellschaft für rechtsextremistische Positionen zu gewinnen, sollen vorrangig überzeugte Rechtsextremisten bestärkt und mobilisiert werden. Programmatisch zeigt sich dies bei der Partei **Die Rechte** beispielsweise durch eine Aufnahme nationalsozialistischen Vokabulars in ihr Grundsatzprogramm. Organisatorisch schlägt sich diese Entwicklung unter anderem bei der **NPD** nieder. Im Januar 2018 hat sich der radikalere Teil der Partei im „völkischen Flügel“ organisiert. Eine verstärkte Zusammenarbeit von **Die Rechte** und dem **III. Weg** mit teilweise militanten rechtsextremistischen Organisationen im Ausland ist ein weiteres Indiz für eine Radikalisierung.

Zudem weisen rechtsextremistische Diskurse, insbesondere über Flüchtlinge, in diese Richtung. Die Szene diskutiert Endzeit- und Bürgerkriegsszenarien sowie mögliche Schritte einer Vorbereitung, beispielsweise mit Kampfsporttraining. Einige häufig virtuell entstehende Gruppierungen sehen eine vermeintliche Notwendigkeit, sich auf einen Bürgerkrieg vorzubereiten, als gemeinsame „Klammer“ für ihre Aktivitäten. Es findet zunehmend eine Verlagerung in die reale Welt statt, gelegentlich mit der Aufforderung, sich zu bewaffnen. Das Spektrum der Feinbilder reicht von Migranten über vermeintlich linke Aktivisten bis zu Politikern. Es besteht die Gefahr, dass sich auf diesem Nährboden rechtsterroristische Strukturen oder Einzeltäter entwickeln.

Ein anderer Teil der Szene, insbesondere die Neue Rechte, verfolgt das Ziel, die Stigmatisierung des Rechtsextremismus aufzubrechen und ihn zu entgrenzen. Es wird versucht, den politischen Diskurs nach „Rechts“ zu verschieben und anschlussfähig für die Mitte der Gesellschaft zu werden. Die Rechtsextremisten nutzen dafür insbesondere Zeitschriften, Gruppen in sozialen Netzwerken sowie Online-Foren beispielsweise von Nachrichtenmagazinen. Die **Identitäre Bewegung** in Nordrhein-Westfalen versuchte verstärkt mit mediengerechten Inszenierungen geflüchtete Menschen pauschal als Bedrohung zu diskreditieren.

Die Partei **Pro Deutschland** löste sich auf und rief ihre Mitglieder dazu auf, sich fortan in der AfD zu engagieren. Einige Akteure im rechtsextremistischen Spektrum hoffen, dass sich Erfolge der AfD positiv für den Rechtsextremismus auswirken. Im rechtsextremistischen Blog „Gegenstrom“, in dem Strategie- und Theoriedebatten geführt werden, schreibt ein Autor der AfD beispielsweise die Funktion eines „Türöffners“ zu. Dies wird verbunden mit der Hoffnung, dass ihr Einzug in den Bundestag „zur Resonanzraumerweiterung der möglichen Meinungen, des Sagbaren führen kann. [...]“. Weiter heißt es: „Wir sind also nicht mehr länger nur Getriebene, sondern treiben die anderen vor uns her. Letztlich führt die Resonanzraumerweiterung dazu, dass auch die extreme Rechte eine bessere Ausgangsposition hat als es noch vor dem Auftreten der AfD der Fall war. [...] Die konservativen Rechten öffnen die Türen, durch die die revolutionären Rechten nur noch durchgehen müssen.“

Eine „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ spricht gezielt Jugendliche und junge Erwachsene an. Sie zeichnet sich durch einen Mix aus Freizeitaktivitäten, politischer Agitation und unterhaltenden Mitteln aus. Rechtsextremistische Veranstaltungen mit Musik nahmen 2017 in Nordrhein-Westfalen zu. Deutschlandweit fanden mehrfach Großveranstaltungen der rechtsextremistischen Musikszene mit über tausend Teilnehmern statt. Daran nahmen rechtsextremistische Bands und Zuschauer aus Nordrhein-Westfalen teil.

Reichsbürger erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an. Sie versuchen weiterhin, die Handlungsfähigkeit des Staates zu lähmen. Einige von ihnen besitzen ein erhebliches Gefährdungspotenzial. Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen konnte bisher rund 2.750 Anhänger identifizieren (Stand: April 2018). Die Szene verbreitet ihre kruden Ansichten über das Internet und motiviert zu entsprechenden Aktivitäten. Repressive und präventive Maßnahmen des Staates zeigen erste Erfolge bei der Eindämmung dieses Phänomens.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst.